

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KRISEN: WAHLEN IN OSTDEUTSCHLAND S. 2-4

WOHNUNGSLOSIGKEIT: FÜR ALLE EIN DACH S. 4-5

FREIE FAHRT: IM WESTEN NICHTS NEUES S. 9

SPENDENAKTION: SOLIDARITÄT STATT SOZIALER KÄLTE S. 14

Veranstaltungstipp

Stolpersteine putzen

Nie wieder ist jetzt, deswegen putzen wir auch in diesem Jahr die Stolpersteine. Da am Sonnabend Sabbat ist, findet das Putzen am 10. November statt.

Seiten 11

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2024

Zeitung von Die Linke Leipzig



Unser neuer Stadtvorstand, Gruppenfoto vom Stadtparteitag, 28. September 2024

Foto: Kay Kameth

Rückblick auf den Stadtparteitag

Johannes Schmidt & Nina Treu Am 28. September 2024 kamen um die 250 Mitglieder von Die Linke Leipzig im Felsenkeller zum jährlichen Stadtparteitag zusammen. Sie wählten dort den neuen Stadtvorstand, die Finanzrevisionskommission, die Leipziger Mitglieder des Landesrats sowie die Delegierten zum Landesparteitag. Aufgrund dieser vielen Wahlen dauerte der Parteitag etwas länger wie geplant und ging von 9:30 bis 19:00 Uhr

Erstmals in der Geschichte des Leipziger Stadtverbandes gibt es nun eine Doppelspitze der Vorsitzenden. Diese Möglichkeit ist seit einem Jahr in der Satzung verankert. Auf dem Stadtparteitag gab es dazu eine kontroverse Debatte und eine Abstimmung, in der

sich 65 % der Anwesenden für die Doppelspitze aussprachen. Anschließend wurden Johannes Schmidt und Nina Treu mit 92 % bzw. 68 % zu den gemeinsamen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind nun Uwe Fiedler und Steffi Deutschmann, Schatzmeisterin Franziska Riekewald. Als jugendpolitische Sprecher*innen wurden David Zech (linksjugend.solid) und Johanna Schönborn (SDS) gewählt.

Zusammen mit Ariane Barth, Isabelle Fagundes, Julia Kaiser und Claudia Rauhut sowie Christian Annecke, Kilian Fürstenau, Mischa Kreutzer, Michael Neuhaus und Christoph Sedlaczek bilden sie den neuen 16-köpfigen Stadtvorstand. Insgesamt fand damit eine

deutliche Erneuerung, Verjüngung und Verbreiterung des Vorstands statt.

Ein zentraler Teil der Veranstaltung war auch die Verabschiedung des scheidenden Vorstands. Adam Bednarsky, der acht Jahre lang als Vorsitzender die Geschicke leitete. Ihn erwarteten zwei Ehrenreden und mehrere ausgewählte Abschiedsgeschenke wie einen Apfel und Plakat „Adam kippt nicht“. Er bedankte sich für gemeinsame Arbeit im Vorstand und versprach, im Stadtverband aktiv zu bleiben.

An dieser Stelle wollen wir dem gesamten Vorstand der letzten Wahlperiode zu danken. Ein Hoch auf eure Arbeit!

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden
und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Mo. 4. November 2024, 16:30 Uhr, WKB, Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 7. November 2024, 16:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi., 17:00 Uhr, Solidarische Beratung im Stadtteil, Stannebeinplatz 11, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 13. November 2024, 17:00 Uhr, R 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Do. 21. November 2024, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Ebenfalls einen herzlichen Dank an alle, die den Stadtparteitag vorbereitet und durchgeführt haben. Besonders an die Geschäftsstelle, die Wahlkommission, die Mandatsprüfungskommission, die Betreuung des

Neumitgliedertisches, die Menschen an der Technik, die Tagungsleitung und das Team des Felsenkellers.



Krisenwahlen in Ostdeutschland

Volker Külow, Ekkehard Lieberam Es waren politisch hoch aufgeladene Landtagswahlen in Ostdeutschland am 1. (Sachsen und Thüringen) und am 22. September (Brandenburg). Insgesamt 6,9 Millionen Wählerinnen und Wähler waren zum Urnengang aufgerufen. Mit einer Rekordwahlbeteiligung machten sie deutlich, dass der „Osten“ politisch in Bewegung geraten ist und derzeit deutlich anders tickt als der „Westen“. Die Wahlen erfolgten ein ganzes Jahr vor der Bundestagswahl. In den Wahlkämpfen aber dominierten bereits die bundespolitischen Themen Migration und Friedenssicherung.

Die Wahlen fielen in eine Zeit, in der sich das herrschende kapitalistische System auch in Deutschland in einem Dauerzustand „multipler Krisen“ (Frank Deppe) befindet. Die ostdeutsche Wählerschaft war in ihrer Mehrheit erkennbar mehr denn je politisch verunsichert und unzufrieden: über die Politik der Bundesregierung, über die wirtschaftliche Lage, die Versorgung im ländlichen Raum, die Zustände an Schulen und Kitas und nicht zuletzt die Probleme mit der Zuwanderung, über den Ukrainekurs und die damit verbundene Politik der „Kriegsertüchtigung“ und die anhaltende Diskriminierung der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse.

Nico Popp schrieb in der jungen Welt vom 3. September von einer „gewissen Repolitisierung.“

Die in Berlin regierenden Ampelparteien SPD, Grüne und FDP hatten 2021 eine „Fortschrittskoalition“ versprochen und nun das. Eine seit dem ersten Quartal 2022 andauernde wirtschaftliche Stagnation bei real „Null Wachstum“ trifft eine Inflationsrate von immer noch fast zwei Prozent. Mit einer Rezession wird gerechnet. Mehr Geld ist nur noch für die Rüstung da. 2024 gegenüber 2023 erhöhen sich die Rüstungsausgaben um 23 Mrd. € auf 90,6 Mrd. Euro bzw. um 25 Prozent. Zwischen der Ukraine und Russland wütet ein NATO-Stellvertreterkrieg nicht nur ohne Aussicht auf ein Ende, sondern mit einem möglichen Countdown zum 3. Weltkrieg.

Für die im Bund regierenden Ampelparteien gab es schon bei den Umfragen vor den Wahlen Tiefstwerte. Die Wahlen selbst waren für sie ein Debakel. Trotz und wegen der „Brandmauer“ erhöhen sich die Stimmen für die AfD gegenüber 2019 deutlich. In Thüringen wurde sie mit Abstand stärkste Partei, in Brandenburg und Sachsen jeweils nur knapp von SPD und CDU auf den zweiten Platz ver-

wiesen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das schon bei den Europawahlen am 9. Juni aus dem Stand 6,2 Prozent erhalten hatte, schrieb in Thüringen, Sachsen und Brandenburg mit 15,8 Prozent, 11,8 Prozent und 13,5 Prozent Parteiengeschichte.

Im Osten Deutschlands erreicht damit die Krise der Repräsentation ein Ausmaß und eine Ausformung wie in den EU-Ländern Frankreich, Niederlande Italien und zuletzt Österreich. WählerInnen bekunden ihre Absage an die Regierenden mit einer Entscheidung für Rechtsaußen, solange ihnen keine bessere Wahl angeboten wird. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass es sich bei den Wahlergebnissen in Ostdeutschland nicht um eine merkwürdige Sonderstellung des dortigen Wählerwillens handelt, sondern dass es die westdeutsche Wählerschaft ist, die im EU-Maßstab (noch) eine Sonderstellung beanspruchen darf.

Die Zeiten des einst stabilen Zweieinhalb-Parteiensystems von CDU/CSU, SPD und FDP in der Alt-BRD liegen mehr als eine Generation zurück. Die Hoch-Zeiten für CDU und SPD mit 54,1 Prozent 1994 für die SPD in Brandenburg und 58,1 Prozent im gleichen Jahr für die CDU in Sachsen sind lange vorbei. Zwei neue Parteien (AfD und BSW) stellen in Thüringen die Mehrheit der Abgeordneten und in Sachsen und Brandenburg fast die Mehrheit. Funktionsfähigkeit und Integrationskraft des Parteiensystems kommen ins Trudeln; Merkmale einer Krise der Regierbarkeit sind nicht zu übersehen.

Die CDU kann als Oppositionspartei in Thüringen und Brandenburg weder bei diesen Wahlen noch im Bund bei Umfragen von der verbreiteten Unzufriedenheit über die Regierungsparteien partizipieren. In Thüringen gewinnt sie gerade einmal 1,9 Prozentpunkte. In Brandenburg verliert sie 3,2 Prozentpunkte. Das BSW mit seiner Forderung nach Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit ist im Aufwind. Die Grünen kämpfen ums Überleben; die FDP hat diesen Kampf in den drei ostdeutschen Bundesländern erst einmal verloren. Von der seit 2007 bestehenden Linkspartei nehmen mehr als die 56 Prozent ihrer Wählerschaft von 2019 Abschied. Ihre Existenzkrise vertiefte sich in allen drei Ländern. Mit dem erstmaligen Ausscheiden in einem ostdeutschen Bundesland ist sie in Brandenburg vermutlich schon in der Todeszone angekommen. Die 2013 gegründete Rechtsaußenpartei AfD, gegen die als vermeintlich „neue Nazipartei“ mit Zustimmung der Regierenden im ersten Halbjahr 2024 Millionen Menschen auf die Straße gingen, verbesserte sich gegenüber 2019 in allen drei Ländern.

Desaster für die Ampelparteien

Überraschend waren die Wahlergebnisse am 1. und am 22. September in den drei

Ländern nicht. Umfragen hatten sie in etwa vorausgesagt. Nicht nur die Medien und die Öffentlichkeit, auch die Wahlberechtigten selbst zeigten großes Interesse für die Wahlen. Mit 73,6, 74,7 und 72,9 Prozent erreichte die Wahlbeteiligung Rekordwerte über den Werten sogar der neunziger Jahre. Die bedeutendste Botschaft der Wahlen war die politische Abstrafung der in Berlin regierenden Ampelparteien SPD, Grüne und FDP, insbesondere in Thüringen und Sachsen. Die Thüringer SPD verlor 2,1 Prozentpunkte (von 8,2 auf 6,1); die in Sachsen 0,4 Prozent (von 7,7 auf 7,3). In Brandenburg, das seit 1990 von sozialdemokratisch geführten Koalitionen regiert wird, erhielt die SPD 30,9 Prozent. Die Grünen erzielten in Sachsen noch 5,1 Prozent, ansonsten fielen sie unter die Fünfprozentssperre und konnten sich wie die Linkspartei nur dank von zwei Direktmandaten in den Sächsischen Landtag retten. Mit 1,1, 0,9 und 0,8 Prozent erlebte die FDP einen Absturz zur Kleinstpartei in den drei Ländern und ihre größte Wahlkatastrophe bei Landtagswahlen überhaupt.

Die Zustimmung zu den drei Parteien der Ampelregierung war in Thüringen mit 10,4 Prozent noch geringer als das die Umfragen vor der Wahl schon signalisiert hatten. In Sachsen betrug sie 13,1 Prozent, in Brandenburg dank der SPD immerhin 35,9 Prozent. Dass die Verluste in Brandenburg nicht größer waren, lag vermutlich auch daran, dass die Berliner Prominenz der Bitte der Brandenburger SPD nachkam, sich nicht all zu sehr in den dortigen Wahlkampf einzumischen.

Jung, männlich, Arbeiter

Nicht nur der Aufstieg der Rechtsaußenpartei AfD zur 30-Prozent-Partei in allen drei Ländern, auch die Details dieses Ergebnisses sind bedeutsam. In zwei von drei Ländern, in Thüringen und Brandenburg, ist die AfD zur stärksten Parlamentspartei in Ostdeutschland geworden, in Thüringen mit mehr als der dreifachen Stimmenzahl als sie die Ampelparteien insgesamt bekommen haben.

In den Leitmedien wurde viel über die Ursachen dieses Erfolges spekuliert. Eine wichtige Ursache ist sicherlich das Ansehen der AfD als neue „Ostpartei“. In Sachsen vertraten 25 Prozent der Befragten die Meinung (und das war der höchste Wert für eine Partei), der AfD wäre am ehesten zuzutrauen, die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten. Deutlich überproportional sind die Gewinne der AfD bei den Jungwählern, den Männern und den Arbeitern. In Thüringen wählten 38 Prozent der Jungwähler (18 bis 24 Jahre) und 36 Prozent der 25- bis 34-Jährigen die AfD (von den über 70-Jährigen waren es nur 19 Prozent). 39 Prozent der Männer wählten AfD und 28 Prozent der Frauen. Von den Arbeitern gaben 39,9 Pro-

zent der AfD ihre Stimme (10,5 Prozent mehr als 2019), 28,1 Prozent der Angestellten und 40 Prozent der Selbständigen. Die Ergebnisse in Sachsen, und Brandenburg waren ähnlich.

Im Wahlbericht der Linkspartei Sachsen heißt es: „48 Prozent derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage eher als schlecht bezeichnen, haben die AfD gewählt, 45 Prozent derjenigen, die sich selbst als Arbeiter*Innen bezeichnen. 43 Prozent der AfD-Wähler*Innen stimmten aus Enttäuschung über andere Parteien für die AfD, 50 Prozent aus Überzeugung.“

Weitaus die größte Anzahl der Nichtwähler vom 2019 in den drei Ländern wählten diesmal AfD. In Sachsen waren es 89.000, in Thüringen 71.000 und in Brandenburg 79.000.

Regieren wird schwieriger

In Thüringen hatten es die Wählerinnen und Wähler mit einer von der Linkspartei unter Bodo Ramelow geführten Minderheitsregierung in Koalition mit der SPD und den Grünen, toleriert von der CDU zu tun, in Sachsen hatten sie zu entscheiden, ob Michael Kretschmer von der CDU als Ministerpräsident im Amt bleibt und weiterhin mit der SPD und den Grünen regieren kann. In Brandenburg stand die Landesregierung unter Dietmar Woidke (SPD), der auch die CDU und die Grünen angehören, zur Wahl. In allen drei Ländern, verloren die Regierungen (in Thüringen auch die Minderheitsregierung plus CDU) ihre parlamentarische Mehrheit.

Regierungspolitik mit stagnierender Wirtschaft und steigenden Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren wird sowieso schwieriger. Mit den unklaren parlamentarischen Kräfteverhältnissen, insbesondere dem Erstarken von AfD und BSW, ist nun die Beschaffung von Regierungsmehrheiten wesentlich komplizierter geworden - in den drei Ländern im unterschiedlichen Maße. In Thüringen erschweren der CDU außerdem noch Unvereinbarkeitsbeschlüsse von Parteitagen, die Koalitionen mit der Linkspartei und der AfD untersagen, die Bildung einer Landesregierung. Dort gibt es auch infolge des Gewinns von mehr als einem Drittel der Landtagsmandate durch die AfD für diese Partei eine Vetomacht: bei Verfassungsänderungen, bei Parlamentsauflösungen und bei der Wahl von Ausschussvorsitzenden und Verfassungsrichtern.

Das in der Alt-BRD häufige und gewollte Schaukelspiel einer Regierungspartei (CDU oder SPD), die bei einer der nächsten Wahlen dann durch die Oppositionspartei (SPD oder CDU) beim Regieren abgelöst wird, hat im Osten nie funktioniert. Diesmal ist die Situation ganz verwickelt. Das BSW wurde zum „Königsmacher“. In Thüringen und in Sachsen gibt es für die CDU keine

parlamentarischen Mehrheiten mit den etablierten Parteien. In Brandenburg kann die SPD-geführte Regierung nach Woidkes Pyrrhussieg eine parlamentarische Mehrheit nur mit dem BSW realisieren.

In Thüringen hätten AfD und BSW rein rechnerisch eine parlamentarische Mehrheit. Ohne die Einbeziehung einer dieser Parteien ist eine Regierungsmehrheit für eine CDU-geführte Regierung nicht möglich. Aber selbst, wenn das BSW beim Regieren mitmachen sollte, hat die CDU-Regierung noch keine parlamentarische Mehrheit. Unumgänglich wäre die Einbeziehung der Abgeordneten der Linkspartei, was aber infolge des Unvereinbarkeitsbeschlusses eigentlich nicht geht.

Auch in Sachsen braucht die CDU für eine Regierungsbildung außer den Abgeordneten des BSW für eine parlamentarische Mehrheit noch einen weiteren Partner, die SPD. In allen drei Ländern laufen seit Ende September entsprechende Gespräche zwischen BSW, CDU und SPD.

Nicht zu übersehen ist dabei die Gefahr, dass das BSW auf diesem Wege faule Kompromisse macht und so schnell „entzaubert“ wird. Die Verführung zum Regieren ist nun einmal die Hauptmethode, um eine neue Partei politisch zu domestizieren und dann als Konkurrent im Kampf um die pekuniären und personalen Pfründe des Parteienstaates auszuschalten. Bevor das BSW mit seinem friedenspolitischen Kurs überhaupt

auf die Bundespolitik Druck ausüben kann, könnte es das schon gewesen sein.

Sahra Wagenknecht und das BSW haben auf diese Gefahr bisher pragmatisch reagiert. Sie erklärten, eine Koalition auf Landesebene mit dem BSW setze als zentrale Bedingung voraus, dass eine gemeinsame Landesregierung sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen ausspreche und überhaupt über der Bundesrat Druck auf die Bundesregierung ausübt. Das ist ehrenwert. Aber Zweifel sind angebracht, ob mit der CDU eine Wende hin zu einer internationalen Sicherheitsallianz für die friedliche Streitbeilegung geschaffen werden kann.

Existenzkrise der Linkspartei

In Thüringen erhielt das BSW 2,7 Prozent mehr als die Linkspartei, in Sachsen 7,3 Prozent und in Brandenburg sogar 10,5 Prozent. Es ist offenkundig, dass der Abgang der Linkspartei untrennbar mit dem Aufstieg des BSW verbunden ist. Nach den Untersuchungen von infratest dimap zu den Wählerwanderungen sind z.B. in Thüringen von den 190.448 Stimmen für das BSW 84.000 (oder etwa 45 Prozent) von den Wählern der Linkspartei im Jahre 2019 gekommen.

Die drei Wahlen haben die galoppierende Existenzkrise der Linkspartei und die enormen Chancen des BSW deutlich gemacht. Nur noch in einigen Hochburgen wie Leipzig und Thüringen ist die Linke eine politisch be-

achtenswerte Größe. Die Linkspartei hat in den letzten Jahren wesentliche Positionen ihres vormals systemkritischen und antimilitaristischen Profils aufgegeben. Das BSW, gesellschaftstheoretisch ausgesprochen defizitär, aber mit einer klaren Ablehnung der herrschenden Politik der Konfrontation und Eskalation des Stellvertreterkrieges von USA und NATO in der Ukraine, hat folgerichtig vielen enttäuschten Anhängern der Linkspartei eine neue politische Heimat geboten.

Es muss daran erinnert werden, wie die Führung der Linkspartei nach der kraftvollen Rede von Sahra Wagenknecht am 8. September 2022 im Bundestag gegen die antirussische Sanktionspolitik von USA und EU ihr schon damals die deutlich die rote Karte gezeigt hatte. Acht Bundestagsabgeordnete der Linkspartei verlangten damals ein Redeverbot für Sahra Wagenknecht im Bundestag. Drei Landtagsabgeordnete forderten sogar den Ausschluss von Sahra Wagenknecht aus der Bundestagsfraktion und sammelten dafür Unterschriften, was bald wegen mangelnder Unterstützung eingestellt wurde. Der Bundesvorstand der Linkspartei unter Martin Schirdewan und Janine Wissler schloss sich am 11. Juni 2023 dieser Forderung an. Schon vorher wurde mit der Absage und Verunglimpfung der Friedensdemo am 23. Februar 2023 der „politischer Schwesternmord auf offener Bühne“ (Michael Brie) begangen. Im Januar 2024 gründete sich dann folgerichtig das BSW.

Auch in Leipzig für alle ein Dach

Siegfried Schlegel Die Mitglieder der AG Recht auf Wohnen beteiligte sich auch in diesem Jahr am bundesweiten Tag der Wohnungslosen, der in diesem Jahr unter der Forderung „Für alle ein Dach“ stand. Am 11. September waren die Leipziger*innen und Gäste eingeladen, sich zwischen 15 und 18 Uhr an Ständen in einer „Hilfstraße“ auf dem Nikolaikirchhof über die Hilfs- und Unterstützungsangebote der zahlreichen Vereine und Verbände in Leipzig sowie der Stadtverwaltung zu informieren. Ein weiteres Ziel war, an diesem Tag vor Ort die vielfältigen Probleme wohnungsloser Menschen in Leipzig in den Fokus der Stadtgesellschaft zu bringen und vielfältige konkrete Hilfsangebote auch für betroffene wohnungslose Menschen vorzustellen.

Die Sozialbürgermeisterin, Dr. Martina Münch, ließ es sich nicht nehmen, zur Eröffnung am zentralen Stand zu sprechen. Anschließend informierte sie sich in Gesprächen an den Ständen über die Angebote und Aktivitäten der Vereine und Verbände, die sich für die Überwindung der Wohnungs-

und Obdachlosigkeit, aber ebenso direkt von ihren Problemen zu erfahren. Fraktionsmitglieder und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle DIE LINKE Juliane Nagel, Dr. Volker Külow, Annette Siami Gorji und Birthe Kleemann nutzten die Besuche der einzelnen Stände, um mehr über die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose und Gefährdete zu erfahren. Am Stand SZL Suchtzentrum gGmbH Leipzig überreichten sie für den Tagestreff INSEL 200,- Euro aus dem Spendenfond unserer Fraktion - es handelt sich dabei um ein von unseren StadträtInnen finanzierten Fonds für soziale und andere Projekte. Die StadträtInnen der SPD-Fraktion spendeten 100,- Euro zum Kauf von Schlafsäcken bzw. Regenbekleidung. Auch das Sozialamt stellt dafür 500,- zur Verfügung. Schlafsäcke und Regenbekleidung sollen im Rahmen der ambulanten Angebote durch die Hilfebusse oder Tagestreffs verteilt werden. Der Stadtbezirksbeirat Mitte unterstützte aus seinem Stadtbezirksbudget die Durchführung der Veranstaltung auf dem Nikolaikirchhof fi-

nanziell. Alle Besucher*innen – egal wo und wie sie wohnen – waren eingeladen, in einer „Küche für alle“ gemeinsam zu kochen. Ab 17:00 Uhr gab es in der Nikolaikirche Musik und Raum zur Besinnung zum Aktionstag der Wohnungslosen. Daran nahmen neben zahlreichen anderen Besuchern auch eine Gruppe Konfirma der Hilfsstraße über Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie deren Überwindung. Durch eine Presseinformation von Katharina Krefft von BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, Siegfried Schlegel für DIE LINKE sowie Christopher Zenker für die SPD, die sich in der AG für ihre Parteien engagieren, wurde der Aktionstag publik gemacht. Ebenso die vielfältige Unterstützung Pressearbeit durch mehrere AG-Mitglieder und das Engagement vieler JournalistInnen führten dazu, dass auch über den Leipziger Tag der Wohnungslosigkeit vielfältig bekannt gemacht wurden und es gelang auch Betroffene mit einzubeziehen.

Benjamin Müller, Leiter der Leipziger Oase, verweist darauf, dass die große positive Dynamik unserer jungen Stadt Leipzig dazu

geführt, dass immer mehr alte Brachen für eine bauliche Nutzung umgewidmet werden. Diese Art von Verdichtung bewirkt, dass immer mehr Menschen wahrnehmbar auf den Straßen oder Plätzen - wie dem Wilhelm-Leuschner-Platz - obdachlos sind. Immer mehr Menschen sind krank, einsam oder von Suchtmitteln abhängig. Daran haben auch die aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen aufgrund des gegenwärtigen Krieges in Europa sowie der zurückliegenden Pandemie ihren Anteil und nimmt Wohnungslosigkeit in Leipzig sichtbar zu. Eine lebendige Stadt wie Leipzig muss sich passende Hilfsstrukturen gegen Wohnungslosigkeit leisten und mit entsprechend guten und vorausschauenden Konzepten gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern darauf reagieren.

Für Becky Wehle, Projektleiterin im Mobile Jugendarbeit MachtLos e. V., fehlt ohne Wohnung der persönliche Schutzraum, die Basis für die Organisation des gesamten Alltags. Wohnungslosigkeit in Leipzig nimmt weiter zu und trifft auch junge Menschen immer öfter. Damit ist ihnen nicht nur Wohnen als Menschenrecht versagt, es verringern sich auch ihre Chancen auf ein gutes Leben später. Zur Bewältigung dieser Krisensituation brauchen sie spezielle Unterstützung, die auf ihre besonderen Bedarfe als junge Menschen zugeschnitten sind. Es ist sehr zu begrüßen, dass es in Leipzig entsprechende Angebote wie das Jugendwohnen ausgebaut werden sollen und eine Notschlafstelle für Minderjährige eröffnet wurde. Die Nutzung dieser und anderer Angebote für junge Menschen in Wohnungslosigkeit zeigt aber auch, dass es weitere passende Hilfsstrukturen, wie zum Beispiel eine Notschlafstelle für junge Erwachsene, geben muss.

Katharina Krefft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass „eine wachsende Stadt wie Leipzig Verdrängung produziert. Der nur noch sehr geringe Bestand an frei verfügbaren bezahlbaren Wohnungen führt zu steigender Wohnungslosigkeit, obwohl wir das höchste Ausbauprogramm an sozialem Wohnungsbau bewerkstelligt haben. Seit

einigen Jahren betrifft Wohnungslosigkeit immer häufiger junge Menschen, viele von ihnen sind junge Frauen. Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD haben sich erfolgreich für kommunales Jugendwohnen und Mietbürgschaften eingesetzt, damit junge Menschen, beispielsweise wenn sie andere Hilfsangebote verlassen, nicht auf der Straße landen. Erreicht wurde, dass die Stadt mit dem Modellprojekt „Eigene Wohnung“ nach dem Prinzip Housing First seit 2021 zunächst 25 wohnungslosen Personen den Umzug in eine eigene Wohnung ermöglicht hat. Aufgrund der guten Ergebnisse wird das Projekt ab 2025 verstetigt, sodass zukünftig 50 Plätze zur Verfügung stehen. Auch auf Landesebene haben sich die Grünen fortwährend für die Möglichkeit der Einführung einer Zweckentfremdungssatzung eingesetzt, um der illegitimen Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen oder Gewerbe sowie ungenutztem Leerstand entgegenzutreten zu können.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE (früher PDS) ist Wohnen seit vielen Jahren ein Menschenrecht, das sich selbstbestimmt nur in einer eigenen Wohnung verwirklichen lässt und auch von SPD und Grüne sowie von den anderen Mitgliedern der AG unterstützt wird. Deshalb engagiert sie sich seit der Gründung 1994 ununterbrochen in der Arbeitsgemeinschaft Recht auf Wohnen in Leipzig, dem Netzwerk zur Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit einschließlich deren Ursachen und Folgen. Neben den unverzichtbaren vielfältigen Angeboten verschiedener Akteure zur sozialen Unterstützung bleiben für DIE LINKE immer die Verhinderung von Wohnungslosigkeit und die Vermittlung bei eingetretener Wohnungslosigkeit in eine eigene dauerhaft bezahlbare Wohnung mit eigenem Mietvertrag das oberste Ziel. Gleichzeitig gilt es, die Menschen auch mit Hilfe auf freiwilliger Basis im Rahmen des Leipziger Wohnprojektes „Eigene Wohnung“ zu befähigen, die Anforderungen aus dem Mietvertrag zu erfüllen. Dauerhaft „Bezahlbare Wohnkosten für alle“ sind dafür eine wichtige Vorausset-

zung. Wohnungen im Rahmen des Projektes „Eigene Wohnung“ sollen stadtweit durch die LWB und andere Vermieter wie Wohnungsbaugenossenschaften oder privaten Vermieter in Kooperation mit der Stadtverwaltung bereitgestellt werden. Wegen des angespannten Wohnungsmarktes muss der Bau bezahlbarer, öffentlich geförderter Wohnungen dringend forciert werden.

Für Christopher Zenker von der SPD ist es das oberste Ziel, in Leipzig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Denn gerade auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verursacht Wohnungslosigkeit. Als Linke setzen wir uns deshalb für die Stärkung des kommunalen Wohnungsbauunternehmens LWB ein, damit der Anteil des Wohnungsbestandes des größten kommunalen Unternehmens konsequent ausgebaut werden kann – das Ziel liegt bei weiteren 1.900 bezahlbaren Wohnungen bis 2030. Zunehmend stehen auch die spezifischen Bedürfnisse einzelner Personengruppen im Mittelpunkt: junge Menschen, psychisch kranke Menschen, LSBTIQ-Personen und Menschen mit Behinderungen, was zu unterstützen ist. Auch die konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotes halten wir für dringend notwendig, damit mehr bezahlbarer Wohnraum in Leipzig zur Verfügung steht.

Seit 2018 beteiligt sich die Leipziger AG Recht auf Wohnen am bundesweiten Aktionstag gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit. Ausgerufen wird er deutschlandweit von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG We. V.). Die Leipziger AG Recht auf Wohnen ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiter*innen aus Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit, der Stadtverwaltung sowie Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Verbindendes Grundinteresse der AG ist seit 1993 die Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit sowie deren Ursachen und Folgen.

Unser Ziel: Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Leipzig zu beenden!

Einbringung des Haushaltentwurfs für 2025/2026

Siegfried Schlegel Nach dem die Stadträtinnen und Stadträte vom Oberbürgermeister verpflichtet worden waren, die nicht an der konstituierenden Sitzung am 18. September anwesend sein konnten, wurde in der Stadtratssitzung am 2. Oktober der Planentwurf zum Doppelhaushalt für 2025 und 2026 eingebracht.

Dieser wird in den kommenden Wochen Gegenstand in den Fachausschüssen, aber auch in Beiräten sein, damit dieser zum

Jahresende, spätestens aber Anfang des kommenden Jahres verabschiedet werden kann.

Nur so kann die volle Handlungsfähigkeit der Stadt ab Anfang 2025 gesichert werden. Auch dabei können Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einbringen. Sowohl der Oberbürgermeister Burkhard Jung in seinen Vorbemerkungen, als auch der Finanzbürgermeister Torsten Bonew bei der Einbringung betonten die Wichtigkeit eines

ausgeglichene und somit genehmigungsfähigen Haushalts, da ansonsten jede einzelne Maßnahme der Landesdirektion als Genehmigungsbehörde vorgelegt werden muss, die dann im Einzelfall entscheidet. Das bedeutet auch: keine neuen Kredite, kein Neubeginn von Investitionen oder keine neuen Stellen. Nur mit einem genehmigten Haushalt kann die Stadt selbstbestimmt gestalten. Bereits seit November 2023 wurde der Haushaltentwurf unter Führung des Dezernates Finanzen in allen Ämtern der

Verwaltung erarbeitet und wenige Stunden vor der Ratsversammlung veröffentlicht. Grundlage für Zuweisungen ist auch die Bevölkerungsgröße, die derzeit laut Zensus bei 638 tausend Einwohnern liegt. Als wachsende Stadt werden in den kommenden Jahren 650 tausend Einwohner angepeilt, was die Höhe der Zuweisungen von Bund und Land bestimmt.

Nachfolgend soll auf einzelne Aspekte eingegangen werden. Zu den wichtigsten Einnahmequellen der Stadt zählen die Grund- und Gewerbesteuer. Wurde bei der Grundsteuer bisher die Einheitsbewertung

von 1936 zu Grunde gelegt, so ist ab 2025 der Verkehrswert Grundlage dieser Steuerberechnung. Die Gewerbesteuer ist Spiegelbild der Wirtschaftskraft einer Kommune. Diese lag 2010 bei ca. 167 Mio. und 2020 bei 400 Mio. Euro. In diesem Jahr werden 648 Mio. Euro angepeilt. Diese Entwicklung ist auch auf Neuansiedlungen zurückzuführen wie Porsche oder das Kosmetikunternehmen Beiersdorf.

2025 und 2026 wird die allgemeine Stagnation der BRD-Wirtschaft zu berücksichtigen sein. Trotzdem werden jährlich 650 Mio. Euro angepeilt. Ca. 13-14 Mio. Euro fließen

der Stadt aus der Beherbergungssteuer zu. Auch damit kann die städtische Infrastruktur ausgebaut werden, wovon nicht nur die Touristen, sondern ebenso die Stadtgesellschaft profitieren. Der Haushalt berücksichtigt eine Gewinnausschüttung der Sparkasse. In zahlreichen BRD-Kommunen müssen auch kommunale Wohnungsunternehmen Gewinne ausschütten.

Nicht zuletzt auf Drängen der Linksfraktion und wegen der wirtschaftlichen Schiefelage durch Missmanagement Anfang der 1990er-Jahre und in den zurückliegenden Jahren in Erwartung, dass die LWB Wohnungen

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im September

Erste Stadtratssitzung der Legislaturperiode 2024-2029

Am 18. September konstituierte sich der neugewählte Stadtrat für die VIII. Legislaturperiode 2024-2029. Nach dem traditionellen Gottesdienst in der Thomaskirche, an dem ein Teil der Stadträtinnen und Stadträte sowie die Verwaltungsspitze teilnahmen, versammelte sich der Stadtrat im Festsaal des Alten Rathauses. Dort fand auch die Verpflichtung der gewählten Stadtratsmitglieder durch den Oberbürgermeister Burkhard Jung für die neue Legislaturperiode statt, der aus diesem Anlass die repräsentative Amtskette angelegt hatte. Der OBM bot den Mitgliedern des Stadtrates als Vorsitzender der Ratsversammlung eine konstruktive, lösungsorientierte und parteiübergreifende Zusammenarbeit an. Er ist für 7 Jahre direkt gewählt. Als wichtige Themen benannte bezahlbares Wohnen, Mobilität, die Energiewende, Migration und Klimawandel. Der Oberbürgermeister informierte auch über die Sitzordnung der Ratsversammlung. Aus der Sicht aus dem Plenarsaal sitzen die Fraktionen von links nach rechts in der Reihenfolge DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne, Freie Fraktion, SPD, BSW, CDU und AfD. So hatten die Ratsmitglieder am 2. Sitzungstag am Donnerstag, den 19. September die Fraktionen die Plätze eingenommen. Der neugewählte Stadtrat hatte u. a. auch über noch nicht beschlossene Anträge der vorangegangenen Legislaturperiode zu entscheiden. Eine besondere Herausforderung wird im letzten Quartal die Beschäftigung mit dem kommenden Doppelhaushalt 2025/2026, der in einer gesonderten Sitzung am 2. Oktober eingebracht wurde.

Besetzung der Ausschüsse und Stadtbezirksbeiräte

Der Stadtrat hat auf seiner ersten Sitzung bis auf wenige Ausnahmen bereits über die personelle Besetzung des Ältestenrates,

des Verwaltungsausschusses, der Fach- und Betriebsausschüsse, der Vergabegremien sowie der Stadtbezirksbeiräte beschlossen. Noch nicht besetzte Stellen sollen zeitnah besetzt werden. Gewählt wurden auch die Mitglieder und Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses. Da die Ortschaftsräte parallel zu den Stadtrats- und Europawahlen am 9. Juni direkt durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt wurden, konstituierten sich diese unabhängig von Stadtratsentscheidungen. Angestrebt wird zeitnah auch die Besetzung der Fachbeiräte wie der Behinderten- oder der Seniorenbeirat.

Einwohneranfragen

Ab 17 Uhr wurden am Donnerstag Einwohneranfragen und Petitionen behandelt. Allein 33 Einwohneranfragen betrafen die Parkplatzsituation in der Karl-Heine-Straße in Lindenau und Plagwitz. Da keine kombinierten Rad-Gehwege entlang der Gebäude gewünscht sind und die Veränderung der Baumstreifen mit Jahrzehnten alten Bäumen schwierig ist und deshalb auf den Richtungsfahrbahnen Straßenbahn und Kfz-Spur sowie separierte Radwege untergebracht sein sollen, entfallen immer mehr Pkw-Stellplätze. Eine Herausforderung, die nur mit Bürgerbeteiligung gelöst werden kann. 4 Einwohneranfragen betrafen den Verzicht des Standortes für einen Neubau des Rettungszentrums West in der Saturnstraße in Grünau-Nord, wogegen sich die AfD-Fraktion in populistischer Weise engagierte. Fragt sich, wie die „Verhinderer“ als Betroffene reagieren würden, wenn Rettungsfahrzeuge nicht die vorgesehene Eingriffszeiten von 10 bis 12 Minuten an allen Punkten der Stadt einhalten können und dadurch Hilfe nicht rechtzeitig eintrifft. Rettungszentren werden deshalb dezentral über das gesamte Stadtgebiet verteilt errichtet, die auch in Nachbarkommunen im Einsatz sind. Dies sah der Stadtrat ebenso

und fasste bei einer Enthaltung einstimmig den Baubeschluss für das Vorhaben.

Bürgerpetitionen votiert

Vertreter der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig hatten die Petition „Erklärung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig zum ehemaligen KZ-Außenlager der HASAG Leipzig in der Kamenzer Straße“ eingereicht. Dort waren während der NS-Diktatur Tausende Gefangene aus mehreren Staaten untergebracht, die in benachbarten Betrieben wie der HASAG ausgebeutet wurden. Das Eingangsgebäude ist das einzige erhaltene gebliebene Zeugnis aus dieser Zeit. Um diesen Erinnerungsort langfristig zu erhalten, soll die Stadt diesen erwerben und Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer aufzunehmen. Beschlossen wurden einzelne Punkte aus Änderungsanträgen von CDU und DIE LINKE. Demnach wird zur Kenntnis genommen, dass die Kaufverhandlungen bisher gescheitert sind, aber nicht auf weitere verzichtet werden soll. Deshalb soll ein Vorkaufsrecht für die Stadt im Grundbuch gesichert werden. Die Stadt soll prüfen, ob Gästetaximittel für den Ankauf und die Sanierung eingesetzt werden können und sich um Fördermittel bei Bund und Land bemühen. Außerdem soll auch die Einrichtung eines ortsunabhängigen Erinnerungsortes unter Einbeziehung der 2022 errichteten Gedenkstele und ausreichend Raum für die Arbeit der Gedenkstätte geschaffen. Prüfergebnisse sollen bis 2. Quartal 2025 vorliegen.

Abgelehnt wurde hingegen die Bürgerpetition zur Nutzung des Objektes Engelsdorfer Straße 25 im Sinne der Bürgerschaft, die auch darauf abzielte zu verhindern, dass dieses Haus möglicherweise auch zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden könnte. Der Stadtrat beschloss den befristeten Erhalt der Montessori-Kita am

neu baut, wird weiterhin auf eine Gewinnausschüttung verzichtet. Die Zinsen für die kürzlich beschlossene Kreditlinie zur Erweiterung des Städtischen Klinikums St. Georg werden als Kapitaleinlage verrechnet.

Ein städtischer Bürgerhaushalt hat mehrere Facetten. Neben Brauchtumsmitteln für die ehemals eingemeindeten Ortsteile gibt es in Leipzig auch die Stadtbezirksbudgets mit jährlich 50 tausend Euro für jeden Stadtbezirk, über deren Verwendung der jeweilige Beirat zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger entscheidet. Für die Stadtbezirksbeiräte hatte sich jahrelang die Linksfraktion engagiert.

Einen neuen Weg ging in diesem Jahr die Verwaltung. Auf Bürgerkonferenzen wurden rund 350 Vorschläge gemacht, deren rechtliche Zulassung geprüft wurde. Im Ergebnis eines statischen Verfahrens wurden ca. 15.000 EinwohnerInnen angeschrieben. 1575 von ihnen stimmten über jeden einzelnen Vorschlag ab. Die mit Mehrheit unterstützten Vorschläge wurden bei der Erarbeitung des Haushaltsentwurfes berücksichtigt.

Verwaltungsbürgermeister Ulrich Hörning erläuterte den Stellenplan, durch den personell die Aufgabenerfüllung von freiwilligen und unabweisbaren gesichert wird. Zu

Letzteren gehören Feuerwehrleute, Schulsekretärinnen, Hausmeister oder Mitarbeiter der Rettungsleitstelle.

Finanzbürgermeister Bonew stellte abschließend den Investitionshaushalt vor, bei denen zuerst die Erfüllung investiver Pflichtaufgaben wie der Bau von Schulen, Schulsporthallen oder Kitas gehört. Auch wenn Kultur zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben gehört, soll endlich der Bau des Naturkundemuseums beginnen. Nach wie vor offen ist hingegen der Bau des Sportmuseums.

Standort Koehlerstraße bei unbedingtem Erhalt des pädagogischen Konzepts, das dann an einem anderen Standort in der Nähe weiter umgesetzt werden soll. Bei der Entscheidung muss beachtet werden, dass Gebäude und Freifläche nur von einer sehr geringen Anzahl von Kindern genutzt werden kann und keine Erweiterungsmöglichkeiten am jetzigen Standort bestehen.

Anträge anderer Fraktionen sowie von Stadträten votiert

Beschlossen wurde der Verwaltungsstandpunkt zum Antrag für ein Fahrradverleihsystem im Nordosten. Auf Antrag des Migrantenbeirates sollen Video- und Telefondolmetscher-Leistungen in Arztpraxen etabliert werden. Ebenfalls beschlossen wurde der Verwaltungsstandpunkt (VSP) zum SPD-Antrag für Quartiersgaragen mit einem Modellprojekt in Anger-Crottendorf und dazu Gespräche mit einem Quartiershub-Betreiber fortzusetzen. Beschlossen wurde der VSP zum SPD-Antrag für eine Prüfung der Verkehrsflut in den Ortsteilen Stötteritz und Mölkau. Einstimmig beschlossen wurde der CDU-Antrag zur Ampelbevorrechtigung von Rettungs- und Einsatzfahrzeugen von Feuerwehr, Polizei- und Rettungsdiensten, was heutzutage technisch umsetzbar ist.

Abgelehnt wurde der AfD-Antrag zur Einrichtung einer Stelle für einen Garagen-Ombudsmann, da inzwischen eine Information dazu vorliegt. Ebenfalls abgelehnt wurde der AfD-Antrag zur Einrichtung von mindestens 3 öffentlichen Kneippkuranlagen, die aber nur ein Teil der Infrastruktur von Bäderorten ist. Da er mit dem §34 Baugesetzbuch nicht vereinbar ist, musste deshalb der Antrag vom ehemaligen Stadtrat der Linksfraktion, Marcus Weiss, abgelehnt werden. Im §34 ist bestimmt, dass sich einzelne Bauvorhaben „nach Art und Maß

der baulichen Nutzung an der umgebenden Bebauung“ zu orientieren haben, was auch die Gebäudehöhen betrifft.

Anfragen

In der Ratsversammlung konnten im Rahmen eines begrenzten Zeitvolumens Nachfragen zu Anfragen von Fraktionen und Stadträten gestellt werden. So bezog sich eine CDU-Anfrage auf den Personalbericht der Stadtverwaltung 2023. Die Linke regte in einer Anfrage eine elektronische Übersicht über verfügbaren angemessene Wohnungen und Bündnis 90/Grüne fragte den Fördermittelabfluss für Balkonsolaranlagen nach sowie die SPD nach der Reinigung von Schulgebäuden. Weitere Anfragen betrafen die Verwahrlosung in Abschnitten der Georg-Schwarz-Straße von der CDU oder von Sören Pellmann zum Arbeitsstand der Sanierung des Robert-Koch-Parks.

Beschlüsse zu Bauvorhaben

Dr. Volker Külöw sprach zum Bau- und Finanzierungsbeschluss zur Errichtung eines Multifunktionsgebäudes bis 2028 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum St. Georg, der einstimmig gefasst wurde. Der Stadtrat beschloss eine Änderung der Hauptsatzung, um den Verwaltungsdurchlauf zur Bestätigung von Mehrkosten zu beschleunigen. Beschlossen wurden Mehrkosten für den Neubau der Jugendhilfeeinrichtung Leipziger Straße 165. Gefasst wurde der Baubeschluss zur Modernisierung und Erweiterung der Grundschule Miltitz.

Für die Neue Messe wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst, um weitere Ergänzungen auf dem Messeareal vornehmen zu können. Für den Ausbau eines Teilabschnitts der Radefelder Allee wurde ein Planungsbeschluss gefasst. Beschlossen wurde die Einstellung des Planverfahrens B-Plan 477 „Wohnquartiere östlich der Zollschuppen-

straße in Plagwitz. Da Fördermittel durch Bund und Land in die Sanierungsgebiete geflossen sind, haben Bund und Freistaat Anspruch auf anteilige Rückzahlung von 2/3 der Ausgleichsbeiträge, die Grundstückseigentümer infolge der Aufwertung in Sanierungsgebieten zu zahlen haben, wobei keine Straßenausbaubeiträge fällig werden. Dies betraf die Sanierungsgebiete Lindenau I und II. Durch den vom SBB Süd initiierte Gestaltung der Spitze Connewitzer Kreuz konnten die eingenommen Ausgleichszahlungen rechtzeitig im gleichnamigen Sanierungsgebiet eingesetzt werden.

Personalangelegenheiten

Frau Evelin Mäder wird als Verwaltungsabteilungsleiterin der Branddirektion als Leipziger Vertreterin im Gemeinsamen Ausschuss zur Umsetzung der Zweckvereinbarung der interkommunalen Integrierten Rettungsleitstelle (IRLS) Leipzig.

Zweckvereinbarung für Arbeitskreis Grüner Ring

Zahlreiche Umlandgemeinden arbeiten im Arbeitskreis Grüner Ring eng bei der resilienten Entwicklung der Grünzüge und Wasserläufen mit Leipzig zusammen, die durch eine Zweckvereinbarung geregelt ist und deshalb auch aktualisiert werden muss. Neben dem Erfahrungsaustausch zum Grün in den Räumen Parks und Waldgebiete sind doch zahlreiche Grünzüge auch grenzüberschreitend und müssen entsprechende Beschlüsse von den Kommunalparlamenten der jeweiligen Kommunen gefasst werden. Zur besseren Koordinierung gibt es in Borsdorf eine Geschäftsstelle, die auch regelmäßig Stadt-Umland-Konferenzen und Fachtagungen organisiert. Internationale Beachtung fand diese Kooperation durch die 2022 in Leipzig organisierte Internationale Kanalkonferenz, die auch Landschaftsgestaltung zum Inhalt hatte.

Die Party ist vorbei

Daniel Merbitz „Richard III.“ im Leipziger Schauspielhaus

William Shakespeare (1564-1616) hat mit seinen Historiendramen die Herausbildung des Nationalstaates kommentiert. Tyrannen und renitente Adlige konnten den Aufstieg zu einem neuen England nicht verhindern. Dem Zerfall folgt Chaos. Die Einheit progressiver Kräfte führt zu neuer Ordnung. Vom Ergebnis her betrachtet. Der Weg dahin war blutig. Dies gilt auch für das Drama „Richard III.“ (um 1593). Es fließt viel Blut und am Schluss sind fast alle tot.

Schon Wolfgang Engel, der legendäre Intendant des Leipziger Schauspiels, hat in seinen Jahren an der Bosestraße (1995 bis 2008) die Wucht der Dramen und Komödien von Shakespeare dem Publikum nahegebracht (so auch 1996 „Richard III.“). Jetzt haben wir, also fast dreißig Jahre später, wieder die Gelegenheit, die mörderischen Intrigen zu verfolgen.

Der heutige Intendant Enrico Lübbe kannte die Wolfgang-Engel-Ära sehr gut, war er doch zu dieser Zeit Regieassistent und später Hausregisseur. Prägende Jahre, offenbar auch was den Mut zu schwerer Kost angeht und zum subtilen Offenlegen gesellschaftlicher Machtstrukturen anhand von Klassikern, ein DDR-Erbe Wolfgang Engels.

„Richard III.“ ist im besten Sinne eine Zumutung. Erstrecht für eine Saisonöffnung. Ein Risiko. Von den komplexen Handlungssträngen bis hin zur fast unüberschaubaren Anzahl von Figuren. Aber auf Gefälligkeit setzt Enrico Lübbe nicht. Er zeigt uns einen William Shakespeare, dessen Weltbild über die Renaissance hinausweist, in die Zukunft, mit dem Blick auf die Einheit des Menschen als natürliches und soziales Wesen, mit dem Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit bis hin zur freien Liebeswahl und der Rolle des Volkes. Am Beispiel der Machthungrigen und ihren Konsorten, den ehrlichen wie manchmal dubiosen Gegenspielern. Das Negative auf der Bühne als Zeugnis eines positiven Weltbildes.

Die Party ist vorbei. Tage der Veränderung. Ob man in einer Szene einen doppelten Generalsekretär (also der bis 1989) erkennen darf und die Zeile „ohne Regierung“ plötzlich sehr aktuell erscheint: Der Abend weigert sich, zu Recht, ein politischer Tageskommentar oder gar ein DDR-Rückblick zu sein. Macht kann infantil sein. Macht kann furchtbar sein. Und missbraucht werden, wenn sie Rechtfertigungsgründe für Mord schafft: „Innere Sicherheit“. Manchmal ist Macht jedoch notwendig. Doch es schwingt

permanent und übergreifend eine wohlthuende Skepsis mit, was die heikle Machtfrage angeht.

Lounge-Musik und Glitzergoldstreifen bevor das Schlachtfest beginnt. Anne Cathrin Buhtz im Hosenanzug und mit weißem T-Shirt, dazu ein Schwert in der Hand, begeistert als Richard, Herzog von Gloster, durch sportliche Ausdauer und innerer wie äußerer Leidenschaft. Rasanter Emotionswechsel. Ein wahrer Marathonlauf, den ganzen Abend die böse Kraft und die heilige Wut auf die Feinde und das Gute hochzuhalten.

Lady Anne, kapriziös gespielt von Vanessa Czaplá, zeigt den verständlichen Hass auf den Mörder Richard und zugleich das Aufweichen angesichts eines teuren Rings. Keiner ist unschuldig hier.

Regisseur Enrico Lübbe und sein Dramaturg Torsten Buß haben eine weise Entscheidung getroffen, die Übersetzung von Thomas Brasch zu nehmen. Nicht die angestaubten und das Auditorium quälenden und ermüdenden Übersetzungen. Sprachgewaltig und verständlich nimmt das Drama seinen Lauf. Die Sprache! Darauf darf man vertrauen.

Die Stärke der Inszenierung liegt an der klassischen Art der Regiearbeit. Kein öder Regietheaterunsinn, der auf so vielen deutschen Bühnen fröhliche Urstände feiert und das Publikum nervt.

Königin Margarets (Larissa Aimée Breidbach) Flüche erstarren nicht im Selbstzweck, sondern glühen vor Schmerz, Leid und Hass. Ja, von Hass sind viele hier getrieben. Und die Loyalen? Es nimmt kein gutes Ende mit ihnen. Armer Hastings (Denis Petkovic)! Oder wenn Todesengel als 1970er Schlagerbarden daherkommen. Verrat. Überall. Agenten der Hölle, wie es so präzise heißt. Zarte Aussicht auf Frieden, am Ende, nach dem Blutausch, wenn Herrscher das Volk in den Krieg, in den Tod hetzen. Am Ende ist es Sterben. Auf allen Seiten.

Ein Extralob auch mal ans Bühnenbild (Martin Zehetgruber) und die Requisite (Thomas Weinhold): schon witzig, wie mit großen Thermoskannen hantiert wird, die man von heutigen Tagungen kennt. Ein gelungener und sanfter Fingerzeig auf die Gegenwart, ohne dass die Inszenierung als oberlehrerhafter Kommentar daherkommt (und es auch nicht sein will). Das tropfende Kellergewölbe als Hauptschauplatz statt eines funkelnden Palastes ist ein selbsterklärendes Sinnbild. Das Publikum wird zum Komplizen, wenn es kräftig angestrahlt wird.

Fazit: Enrico Lübbe, sein hervorragendes Regieteam und das Ensemble zeigen, dass man ein schwieriges, komplexes Stück verständlich und unterhaltend präsentieren kann.



Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig



Im Westen nichts Neues

Foto: Yasmin Aydin

Yasmin Aydin Freie Fahrt in der Welthauptstadt des Motorsports?

Kaum in Indianapolis, der selbsternannten Welthauptstadt des Motorsports, angekommen, stellte sich mir sofort eine Frage: Wie sollte ich mich in dieser weitläufigen Stadt fortbewegen?

Indianapolis, die Hauptstadt des US-Bundesstaates Indiana, hat fast 900.000 Einwohner, aber mit nur etwa 2.400 Einwohnern pro Quadratmeile eine relativ geringe Bevölkerungsdichte (zum Vergleich: Leipzig hat rund 5.500). Die Stadt bietet über 30 „IndyGo“-Buslinien an, die auch weiter entfernte Stadtteile anbinden. Der Preis für eine Monatskarte liegt etwa bei 60 Dollar. Allerdings genießt der öffentliche Nahverkehr hier einen zweifelhaften Ruf im Hinblick auf Zuverlässigkeit und Sicherheit. Bislang hatte ich noch keine Gelegenheit, mir selbst ein Bild zu machen. Auf Internet-Foren berichten Nutzerinnen und Nutzer, dass zwar viele Menschen mit auffälligem Verhalten mitfahren, um der Kälte zu entgehen, es aber kaum zu Auseinandersetzungen käme, zumindest wenn man Kopfhörer aufhabe.

Seit letztem Jahr versucht die Stadt, Einwohnerinnen und Einwohner zum Radfahren zu motivieren. Eine private Stiftung ermöglicht es jeder Person mit einer Adresse im Stadtgebiet, 30-minütige Fahrten mit Leihfahrrädern an 51 Stationen kostenlos in Anspruch zu nehmen. Da ich unabhängig von den Stationen bleiben wollte, entschied ich mich, ein Fahrrad zu kaufen. Auf den ersten Blick schien mir ein Fahrrad

die ideale Lösung zu sein, um flexibel und schnell zur Arbeit zu gelangen. In einem Laden für gebrauchte Räder erklärte mir der Verkäufer, dass Fahrräder hier vor allem als Sportgeräte gelten. Nur wenige Menschen nutzen sie für alltägliche Wege. Mit meiner Leipziger Selbstverständlichkeit testete ich noch am gleichen Abend meinen zukünftigen Arbeitsweg – und bekam sofort einen Eindruck von den Herausforderungen des Radfahrens in dieser Stadt.

Ich hielt mich an die wenigen ausgewiesenen Radwege und Fußgängerzonen, musste jedoch ein kleines Stück auf der regulären Straße fahren. Dabei wurde mir schnell klar, warum das Fahrrad hier so unbeliebt ist: Die Straßen waren von Schlaglöchern übersät und abgesunkene Gullydeckel stellten eine ständige Gefahr dar. Selbst im Stadtzentrum war der Zustand der Fahrbahnen desolat, ein Problem, das mir zuvor im Mietwagen nicht so stark aufgefallen war. Offenbar ist die Straßenqualität weit entfernt von jener der berühmten Rennstrecke, auf die die Stadt so stolz ist. Am nächsten Tag, als ich zu Fuß unterwegs war, stellte ich fest, dass die wenigen Radfahrer lieber die Gehwege nutzen – eine verständliche Entscheidung, denn diese sind deutlich sicherer und ebener. Außerhalb der Restaurant-Zonen trifft man auf den Gehwegen ohnehin nur wenige Passanten.

In Indianapolis ist das Auto zweifellos der Schlüssel zur Stadt. Wer sich ein Auto leisten

kann, ist im Vorteil, denn die Stadt ist mit ihren breiten Straßen eindeutig auf den motorisierten Individualverkehr ausgelegt. Frisch in den USA angekommen, mit „weißer Weste“ im Kredit-Scoring und ohne eine nennenswerte Menge Bargeld, bin ich jedoch vorerst von dieser Option ausgeschlossen. Zum Glück ist mein Arbeitsweg kurz und ich kann mit dem Fahrrad eine Menge Geld sparen. Auch wenn Benzin hier deutlich günstiger ist als in Deutschland – derzeit etwa 0,74 Euro pro Liter dank niedriger Steuern – sind die Parkgebühren in der Innenstadt horrend. Es gibt praktisch keine kostenfreien Parkplätze und die Parkuhren verlangen etwa 15 Dollar pro Tag. Wer auf einen sicheren Parkplatz oder eine Garage ausweicht, zahlt schnell das Doppelte.

In manchen Stadtteilen ist so ein Stellplatz unverzichtbar, denn vor allem im Osten und Nordosten soll es, wie mir mehrmals berichtet wurde, vermehrt zu Autodiebstählen kommen. Besonders Hyundais und Kias sind Ziel der sogenannten „Kia Boys“, einer Bande, die diese Marken wegen ihrer leichten Manipulierbarkeit bevorzugt stiehlt. Zumindest in meinem Viertel scheint die Kriminalitätsrate unproblematisch zu sein. Dennoch lob' ich mir am Ende des Tages, mein Rad sicher auf dem Balkon abstellen zu können.

Wie weit ich damit auf Indianapolis' Straßen komme, werden die nächsten Wochen zeigen.

Solidarität statt sozialer Kälte

Eine Spendenaktion der AG Soziales von Die Linke Leipzig

Liebe Genoss*innen,
liebe Interessierte und Aktive,

die kalte Jahreszeit steht bald vor Tür. Es bedeutet für zahlreiche Menschen ohne festen Wohnsitz, dass das Leben und Übernachten auf der Straße noch mehr Herausforderungen mit sich bringen. Herbststürme, Regen, Nässe und vor allem Kälte stellen Betroffene vor weitere Probleme. Viele Initiativen und Verbände in Leipzig bemühen sich schon seit Jahren, Menschen ohne festen Wohnsitz durch die kalte und nasse Jahreszeit zu helfen.

Wir möchten dieses Jahr als AG Soziales den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bei ihrer Arbeit helfen – dazu haben wir deren Bedarfe bereits abgefragt. Daher bitten wir euch ab sofort an unserer Spendenaktion teilzunehmen. Folgende Spendengüter werden benötigt:

Kleidung

- Hosen (Herren und Frauen)
- Schuhe (insbesondere Schuhe für Männer ab Schuhgröße 43)
- Pullover (Herren und Frauen)
- Jacken (Herren und Frauen)
- Unterwäsche (Herren und Frauen)
- Leggings

- Lange Unterhosen
- Socken (Herren und Frauen)
- Shirts (Herren und Frauen)
- Jogginghosen (Herren und Frauen)

- Gürtel

Alltagsgegenstände

- Rucksäcke
 - Decken
 - Isomatten
 - Schlafsäcke
- ## Hygieneartikel
- Duschgel
 - Shampoo
 - Zahnpasta
 - Weichspüler
 - Hygienespüler (Waschmaschine)
 - Einwegrasierer
 - Damenbinden
 - Tampons
 - Geschirrspültabs
 - Haarbürsten

Lebensmittel

- Kaffee
- Fruchtee
- Honig
- Margarine (nur kleine 10g Packungen)

Wenn ihr spenden wollt, könnt ihr das zu folgende Zeiten im Liebknechtshaus (Braustraße 15, 04107 Leipzig) abgeben:

Montags: 12:00-15:00 Uhr

Freitags: 12:00-15:00 Uhr

Jeder 3. Samstag im Monat: 13:00-16:00 Uhr

Weitere Abgabetermine auf Absprache:
sozial@die-linke.cloud

Unsere Spendenaktion läuft vom 11. Oktober 2024. bis zum 2. Dezember 2024

Solltet ihr keine der oben gelisteten Sachspenden parat haben, könnt ihr ebenfalls Projekte finanziell unterstützen. Wir legen euch dabei folgendes Projekt ans Herz:

#Homeplanetforhomeless

Hostel-Zimmer Für Obdachlose Menschen
Mit dem Projekt [#homeplanetforhomeless](#) möchte der TiMMi ToHelp e. V. obdachlosen Menschen in Leipzig im HomePlanet Hostel einen sicheren und ruhigen Rückzugsort bieten. Neben einem warmen Schlafplatz, bekommen die Gäste Frühstück und Abendessen. Außerdem wird ihnen Beratung durch Streetworker*innen und eine medizinische Betreuung angeboten. Von 19. Dezember 2024 bis 28. Februar 2025 öffnet das Hostel wieder seinen Türen für dreizehn obdachlose Menschen. Wir empfehlen euch die Unterstützung auf Betterplace (<https://gleift.de/50z>)

Aktuelles aus Bundestag und Wahlkreis

Sören Pellmann Sören Pellmann ist nah dran! Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Leipzig und Gruppenvorsitzender von Die Linke im Deutschen Bundestag bin ich zusammen mit meinem Team in den letzten Wochen aktiv, sowohl in meinem Wahlkreis als auch im Parlament. Mein Ziel ist es, den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und wichtige gesellschaftliche Themen voranzutreiben.

Infostände im Wahlkreis

In der Woche des Tags der deutschen Einheit haben wir Infostände in verschiedenen Stadtteilen Leipzigs durchgeführt. Hier hatten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, direkt mit mir zu sprechen und ihre Anliegen zu äußern. Die Infostände fanden in Stötteritz, Holzhausen, Reudnitz, in der Innenstadt, im Waldstraßenviertel und am Bayerischen Bahnhof statt und Stände boten eine wertvolle Plattform für den Austausch über lokale und politische Themen und zeigten: Die Linke bleibt, auch nach der Wahl - und setzt sich aktiv für die Belange der Menschen in Leipzig ein.

Stellungnahme zu Ostdeutschen in Führungspositionen

In einer aktuellen Pressemitteilung habe ich die unzureichende Vertretung ostdeutscher Führungskräfte in deutschen Behörden kritisiert. Nur 13,9 Prozent der Führungspositionen werden von gebürtigen Ostdeutschen besetzt, trotz ihres erheblichen Anteils an der Bevölkerung. Ich habe die Mitteilung des Ostbeauftragten der Bundesregierung Carsten Schneider als ‚Potemkinsche Dörfer‘ bezeichnet und festgestellt, dass die tatsächlichen Fortschritte in der Besetzung von Führungspositionen für Ostdeutsche weit hinter den Versprechungen zurückbleiben. Ich fordere eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Diskriminierung von Ostdeutschen und betone, dass eine echte Wiedervereinigung in diesem Bereich noch aussteht.

Rede im Bundestag zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Im Bundestag habe ich mich für die Belange von Menschen mit Behinderungen stark gemacht. In meiner kurzen Redezeit von 2 Minuten zu einem Antrag der CDU/CSU habe ich die Wichtigkeit betont, die Lebensbe-

dingungen dieser Menschen nachhaltig zu verbessern. Ich unterstütze die Vorschläge zur Stärkung des Persönlichen Budgets und zur Entlastung von Familien durch Verbesserungen beim Kindergeld. Gleichzeitig habe ich die CDU/CSU für ihr nachträgliches Engagement kritisiert, das in den 16 Jahren Regierungszeit der Union versäumte Maßnahmen nicht ernsthaft anzugehen. Ich fordere konkrete Schritte zur Verbesserung der Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Es ist klar, dass Die Linke für eine inklusive Gesellschaft kämpft, in der alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben.

Mein Engagement in Leipzig und im Bundestag ist sichtbar. Durch meine Infostände im Wahlkreis fördere ich den direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, während ich gleichzeitig wichtige politische Themen wie die Vertretung Ostdeutscher und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen vehement vorantreibe. Mein Einsatz zeigt, dass sich Die Linke und ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordnete aus Leipzig für eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft einsetze – sowohl vor Ort als auch bundesweit.



3 Bilder aus dem Sommer

Bild links oben: Auf dem letzten Stadtparteitag am 28.9. wurde der langjährige Vorsitzende des Stadtverbandes Adam Bednarsky verabschiedet. Neben dankenden Worten und Konfetti gab es als Abschiedsgeschenk noch unser bekanntes Leipzig kippt nicht Plakat in der „Adam kippt nicht“ Version.

Bild rechts oben: Unter dem Motto: "Die Waffen müssen schweigen. Russland raus aus der Ukraine" gingen wir am 3.10. auf die Straße: Für Diplomatie und ein Ende der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, gegen eine weitere militärische Eskalation und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland.

*Bild rechts unten: Am 5.10. fand das erste Volleyball-Turnier der Linken Leipzig statt. Dazu konnten wir 10 Teams und über 70 Volleyballspieler*innen in der Turnhalle der J.-Hegenbarth-Schule begrüßen. Im Rahmen des Turnierbetriebs konnten 20 Schiedsrichter*innen in Ausbildung ihre praktische Prüfung absolvieren. Wir danken allen Teilnehmenden, Zuschauer*innen und Mitwirkenden für die erfolgreiche Umsetzung.*



Fotos: Kay Kamneth, Martin Heintzen, Johannes Schmidt



kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Stolpersteine putzen:** Jährlich gedenken Menschen der Opfer des Nationalsozialismus. Aus einem Kunstkonzept, begründet von Gunther Deming im Jahr 1993, hat es sich etabliert, dass am 9.11. (2024 am 10.11.). Orte von verlegten Stolpersteinen aufgesucht, geputzt und geschmückt werden, um dem Gedenken Ausdruck zu verleihen, an unsere historische Verantwortung zu erinnern und niemals zu vergessen!
- **PutzpatIn werden:** Für die Aktion „Mahnwache und Stolpersteine putzen“, welche in Leipzig jährlich stattfindet, werden PutzpatInnen gesucht. Der Verein bittet um schnelle Rückmeldungen, damit es bei jedem Stolperstein eine Mahnwache gibt. Hier geht's zur Anmeldung: <https://erich-zeigner-haus-ev.de/neunter-november/>
- **Richtig Putzen:** Eine Anleitung wie und womit die Stolpersteine am besten zu putzen sind, gibt es hier: <https://gleft.de/52g>



Solidarität statt sozialer Kälte

Eine Spendenaktion der AG Soziales von Die Linke Leipzig

Zeitraum & Abgabetermin:

Vom 11. Oktober 2024 bis zum 2. Dezember 2024

Montags: 12:00-15:00 Uhr (nächster Termin: 21.10.)

Freitags: 12:00-15:00 Uhr (nächster Termin: 18.10.)

Jeder 3. Samstag im Monat: 13:00-16:00 Uhr (n. T.: 19.10.)

(Kontakt: Weitere Annahmeterminale auf Abfrage)

Ort: Liebknecht-Haus (Braustraße 15, 04107 Leipzig)

Der Soundtrack meines Lebens: Konstantin Wecker am 12. November in Leipzig

Volker Külöw Der Soundtrack meines Lebens: Konstantin Wecker am 12. November in Leipzig
Im Landtagswahlkampf hatte sich Konstantin Wecker für die sächsische Linke stark gemacht und öffentlich zu ihrer Wahl aufgerufen: „Wir brauchen mutige Menschen, die Nazis und Rassisten entgegentreten und für soziale Gerechtigkeit kämpfen.“ Nun ist der renommierte Künstler wieder in eigener Sache unterwegs. Unter dem Motto „Der Soundtrack meines Lebens“ startete er am 4. Oktober 2024 seine neue Tour, eine einzigartige Bühnengala mit Filmmusiken & Liedern aus seiner Feder. Diese Konzerttour führt durch Deutschland, Österreich sowie die Schweiz und ist für den Münchner Musiker, Liedermacher, Poeten und Filmkomponisten eine echte Herzensangelegenheit. Auf der Bühne präsentiert Wecker erstmals eine Auswahl seiner fantastischen Filmmusiken aus über 45 Jahren und dazu viele seiner großartigsten Lieder und Musical-Melodien.

Wecker verneigt sich mit seinem neuen Bühnenprogramm Der Soundtrack meines Lebens vor berühmten Schauspieler*innen und Regisseur*innen der letzten fünf Jahrzehnte. Denn seine Kompositionen sind Teil der deutschen Filmgeschichte. Konstantin Wecker, mittlerweile 76 Jahre, hat Kinofilme, Serien und beliebte Fernsehfilme mit seinen unverwechselbaren Melodien geprägt: Neben Shtonk, eine der erfolgreichsten deutschen Kinofilmsatiren aller Zeiten,

der Kultserie Kir Royal Kinoklassiker u.a. wie Die Weiße Rose, Peppermint Frieden oder Fernsehfilme wie Liesl Karlstadt und Karl Valentin und Appolonia.

Das Publikum darf sich auf einen einzigartigen Abend freuen, denn neben unvergessenen Filmmusiken und vielen Wecker-Liedern erzählt Konstantin Wecker über sein Leben, seine Lieder und Geschichten. Am 12. November 2024, 20. Uhr, gastiert Konstantin Wecker in Leipzig, im Gewandhaus. Noch sind Karten im Vorverkauf erhältlich: <https://konstantinwecker.reservix.de/tickets-konstantin-wecker-soundtrack-meines-lebens-in-leipzig-gewandhaus-zu-leipzig-am-12-11-2024/e2189883>

Für Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, gibt es unter der Mailadresse sozialticket@wecker.de insgesamt 50 kostenlose Sozialtickets.



Herausgeberin:

Stadtverband Die Linke Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden:
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Regelmäßige Termine

Stadtvorstand

Wann: 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr (Nächster Termin: 12. November)

Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitagenden höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen

Wann: 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr (Nächster Termin: 19. November)

Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

Neumitgliedertreffen

Unser nächster Termin:

- **25. Oktober 2024, 18 Uhr - Thema aktuell offen:** Die Vorbereitungstreffen inkl. Abstimmung des Themas dazu fand am 9. Oktober 2024 statt.

Wir laden alle AGs, Räte, Stadtbezirksverbände, Basisgruppen oder andere Strukturen in unserer Partei ein, mit uns ein Neumitgliedertreffen gemeinsam zu planen, um die Termine mit noch offenem Thema zu füllen. Wir würden das

organisatorisch unterstützen, bei der Durchführung helfen und euch gerne auch Hinweisen zur inhaltlichen Ausgestaltung geben.

Unsere AG „trifft“ sich immer am 2. Mittwoch im Monat 19:30 Uhr online über BigBlueButton und bespricht weiteres in einer Telegrammgruppe.

Um eingeladen zu werden, melde dich bitte einfach kurz bei ag-neumitglieder@die-linke.cloud und wir laden dich mit ein.

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Adam Bednarsky
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Oktober 2024. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 04.11., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.